

(XNA, 3.9.87). Umgekehrt kam der iranische Außenminister im Dezember 1988 nach China. Stets wurde hierbei die Lieferung chinesischer Waffen an den Iran gelehnet.

Im Februar 1989 eröffnete der Iran ein Generalkonsulat in Shanghai. Mitte 1989 kam der iranische Staatspräsident Khomeini zu einem Staatsbesuch nach China (XNA, 10., 11. und 12.5.89). Fast gleichzeitig wurde ein Vertrag geschlossen, daß die VR China künftig rd. 2 Mio.t Rohöl aus dem Iran einführen wolle.

Im November 1989 beschlossen beide Seiten, ihre wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Beziehungen noch weiter auszuweiten. Künftig sollten die Zahlungen ferner in konvertierbaren Währungen statt nach dem seit 1973 praktizierten Tauschhandelssystem erfolgen. Vorgesehen sei ein Anstieg des beiderseitigen Handelsvolumens auf 600 Mio.US\$.

Beide Seiten verweisen in gemeinsamen Erklärungen immer wieder darauf, daß sie über traditionelle gute Beziehungen verfügten, die bis in die Zeiten der Seidenstraße zurückreichten.

Während es um die chinesisch-iranischen Beziehungen also immer gut stand, war die Annäherung Beijings an Bagdad mit Schwierigkeiten verbunden. Im März 1990 besuchte Außenminister Qian Qichen den Irak und forderte dort u.a. die Regierung auf, die Resolution Nr.598 des UNO-Sicherheitsrats durchzuführen. Die Resolution, die im August 1988 den achtjährigen Golfkrieg zum Stillstand gebracht hatte, sei eine solide Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens in der Golfregion.

Um das Klima zwischen beiden Seiten zu verbessern, hatte China mehrere Entwicklungsprojekte im Irak durchgeführt. Am 1.Mai ging sein bis dahin größtes Projekt in der Region, nämlich der neue Hindiya-Staudamm am Euphrat, 80 km südlich von Bagdad, in Betrieb. Das 240-Mio.-US\$-Projekt, eines der größten Projekte, die China je im Ausland gebaut hat, war im Oktober 1984 begonnen worden (XNA, 1.5.89). China hatte allerdings lediglich Bauarbeiten durchgeführt, und zwar mit Hilfe der Firma CSCEC (China State Construction Engineering Corp.). Die Finanzierung war zum größten

Teil vom Irak selbst getragen worden. Einige westliche Länder, wie Frankreich, die Bundesrepublik, die Schweiz und Japan, waren als Subkontraktoren eingeschaltet worden (XNA, 1.5.89).

Die Aggression des Irak gegen Kuwait von Anfang August 1990 dürfte die Beziehungen zwischen Beijing und Bagdad erneut abgekühlt haben. -we-

*(5)

Diplomatische Beziehungen nun auch mit Singapur?

Seit Jahren hatte sich Singapur, das sich ja in einem besonderen Verhältnis zu den beiden Chinas befindet, da über 70% seiner Einwohnerschaft Chinesen sind, gegenüber Taibei und gegenüber Beijing strikt paritätisch verhalten und war vor allem der Aufnahme offizieller Beziehungen aus dem Weg gegangen. Der Ministerpräsident des Stadtstaats, Lee Kuan Yew, hatte sich überdies seit Jahren die Freiheit herausgenommen, sowohl auf das Festland als auch nach Taiwan zu fahren, wobei allerdings seine ersten sechs Besuche in Taiwan nicht bekanntgemacht wurden.

Ferner hatte Singapur im Laufe der Jahre immer wieder durchblicken lassen, daß es eines Tages mit der Volksrepublik China diplomatische Beziehungen aufnehmen, doch nicht, ehe dieser Schritt von Indonesien, dem mächtigen Nachbarstaat, vollzogen worden sei.

Nachdem diese Junktimsvoraussetzung nunmehr von Indonesien am 8.August 1990 erfüllt worden ist, erklärte die Regierung von Singapur, daß der Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Stadtstaat und Beijing nichts mehr im Wege stehe, und daß es voraussichtlich noch vor Ende d.J. 1990 zur Normalisierung komme (XNA, 9.7.90). Singapur sei überzeugt, daß eine Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Seiten mehr regionale Stabilität schaffe (XNA, 9.7.90). Wenige Tage später fügte Ministerpräsident Lee Kuan Yew hinzu, daß "zwei oder drei Monate nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Indonesien" auch Singapur dem indonesischen Beispiel folgen wolle (XNA, 19.7.90).

Seit Jahren gibt es florierende Handelsbeziehungen zwischen Singapur und der Volksrepublik sowie zwischen Singapur und Taiwan. Ein Teil des Handels zwischen den beiden Chinas vollzieht sich sogar über Singapur. -we-

Innenpolitik

*(6)

Deng Xiaoping: China wird der Welt den Weg zeigen

Mitte Juli 1990 veröffentlichten das ZK-Theorieorgan *Qiushi* und das ZK-Organ *Volkszeitung* einen Artikel von Song Ping, dem Direktor der ZK-Organisationsabteilung, zum Thema "Die historische Mission eines Kommunistischen Parteimitglieds". Darin schrieb Song Ping, daß es Chinas strategisches Entwicklungsziel sei, [bis Mitte des nächsten Jahrhunderts] ein Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt zu erreichen, daß dem entwickelter Länder mittlerer Stufe entspreche. Wenn dies erreicht sei, "werden sich unsere Wirtschaftskraft und die Gesamtkraft des Landes enorm verstärkt haben, wird das sozialistische System seine Überlegenheit relativ umfassend entfaltet haben, und werden die Beiträge Chinas für die Menschheit noch größer sein. Es wird genau so sein, wie der Genosse Deng Xiaoping gesagt hat: 'Dies wird nicht nur der Dritten Welt, die 3/4 der Menschheit umfaßt, den [richtigen] Weg zeigen, sondern es wird - und das ist noch bedeutender - der [gesamten] Menschheit deutlich machen, daß der Sozialismus der einzig gangbare Weg ist und daß der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist.'" (RMRB, 16.7.90) -sch-

*(7)

Deng Xiaoping fühlt sich vom Westen verkannt und im Stich gelassen

Während eines Treffens mit dem Präsidenten von Bangladesch, Hussain Ershad, am 30. Juni 1990 soll Deng Xiaoping erklärt haben, daß "ich, und nicht der Herr Gorbatschow, der Vater der Politik der offenen Tür und der Reformen bin. Aber leider verstehen mich die westlichen Länder nicht." (Kyodo, engl., 18.7.90, in SWB, 19.7.90) Erneut betonte Deng, daß China sich nicht vom Westen erpressen lassen werde: "China wird sich dem auswärtigen Druck nicht beugen und seinen sozialistischen Aufbau fortsetzen." (ebenda)

In der zweiten Juli-Hälfte äußerte sich Deng Xiaoping in seinem Urlaubsort Beidaihe in einem informellen Kreis chinesischer Spitzenpolitiker über das

künftige Verhältnis zum Westen und zu den Staaten der Dritten Welt: "In den vergangenen Jahren haben wir uns nur auf einen Erdteil [d.h. den Westen] konzentriert und den anderen [d.h. die Dritte Welt] vernachlässigt. Deshalb waren einige alte Freunde von uns enttäuscht. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres faßten wir den Entschluß, unseren [außenpolitischen] Kurs zu revidieren, und noch nicht einmal ein Jahr danach stellten sich die [ersten] Erfolge ein [gemeint ist wahrscheinlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Saudi-Arabien]. Die USA und andere westliche Staaten haben gegen uns Sanktionen verhängt, doch diejenigen, die uns wirklich Sympathie entgegenbringen und uns unterstützen, sind nach wie vor einige alte Freunde unter den Entwicklungsländern!" (Nach Zhengming, August 1990, S. 15) Deng erklärte, daß China diese Lehre nicht vergessen dürfe. Chinas Lage erfordere, daß es auf der Seite der Entwicklungsländer stehen müsse. "Dieser Kurs darf 20 Jahre nicht verändert werden", forderte Deng Xiaoping (ebenda). Erneut verteidigte Deng den Militäreinsatz gegen die Protestbewegung und begründete ihn u.a. mit der Notwendigkeit der Fortsetzung der Öffnung gegenüber dem Ausland. Diese neue Begründungsvariante für die blutige Beendigung der Demonstrationen lautet im Zitat wie folgt: "Wer behauptet, daß China keine Zukunft habe, daß es für uns keine Hoffnung mehr gebe? [Unsere jüngsten außenpolitischen Erfolge] beweisen, daß unsere Entscheidung vom vergangenen Jahr, die Rebellion niederzuschlagen, korrekt war. Sonst wäre in China das Chaos ausgebrochen, und dann wäre es ein Wunder gewesen, wenn sich die Ausländer nicht einer nach dem anderen zurückgezogen hätten". (Ebenda) -sch-

über. Danach erklärte Deng Xiaoping im Anblick der neuen Leichtathletik-Arena: "Einige Leute behaupten, daß im Ausland alles besser sei als in China. Meiner Meinung nach ist das nicht der Fall. Als ich im vergangenen Jahr hier war, da war hier noch nichts zu sehen. In Anbetracht dieses schnellen Aufbautempos, dieser schönen Architektur und dieser guten Qualität, finde ich, daß es doch in China besser ist. Genau darin liegt die Überlegenheit des sozialistischen Systems!" (DGB, 17.7.90)

Zum Thema Sozialismus äußerte sich Deng wie folgt: "Wenn wir vom System reden, [dann müssen wir uns darüber im klaren sein,] daß die Reform- und Öffnungspolitik zurück in den Kapitalismus führen würde, wenn sie nicht unter der Prämisse des Sozialismus stünde. So darf man z.B. in China keine Polarisierung betreiben. Wenn von den 1,1 Milliarden Menschen in China nur etwas über 100 Millionen reich würden, während sich über 900 Millionen nicht aus ihrer Armut befreien könnten, dann bliebe diesen über 900 Millionen nichts anderes übrig als Revolution zu machen. Gegenwärtig ist es einigen Regionen erlaubt, sich etwas früher und schneller [als andere] zu entwickeln, doch wenn ein bestimmter Grad erreicht ist, wird eine erneute Umverteilung notwendig sein." (Ebenda)

Während seines Rundgangs forderte Deng außerdem, daß China nach den Asienspielen die Olympischen Spiele ausrichten sollte. Andernfalls wäre die Hälfte der Investitionen verschwendet. Außerdem: "Die Ausrichtung der Olympischen Spiele ist von Vorteil für die Stärkung des Nationalbewußtseins und für den Aufschwung der Wirtschaft." (Ebenda) -sch-

*(8)

Deng Xiaoping für Sozialismus, Umverteilung und Olympische Spiele

Deng Xiaoping besuchte am 3. Juli 1990 zusammen mit seiner Frau Zhuo Lin und seinen drei Töchtern Deng Lin, Deng Nan und Deng Rong das Sportler-Dorf für die Asienspiele. Während die *Volkszeitung* den Besuch des "normalen Bürgers" (Deng über Deng, nach DGB, 17.7.90) nicht vermeldete, veröffentlichte die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitung *Da Gong Bao* einen längeren Bericht hier-

*(9)

Gerüchte und Dementis um Zhao Ziyang

Im Juli 1990 gab es eine Reihe von Gerüchten und Dementis im Fall des gestürzten früheren ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang. Ausgelöst wurden sie durch Berichte in der Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* und in der *South China Morning Post* vom 7. Juli, nach denen Deng Xiaoping vorgeschlagen haben soll, daß Zhao Ziyang im Herbst nächsten Jahres ein Regierensamt übernehmen solle. Nach

Jingbao soll sich Deng Ende Mai mit Zhao zu einem längeren Gespräch getroffen haben, in dem er Zhao vorgeschlagen haben soll, zunächst eine Inspektionsreise durch China zu unternehmen, um die gegenwärtigen Entwicklungsprobleme des Landes zu untersuchen. Deng habe Zhao gefragt, ob er bereit sei, zu einem passenden Zeitpunkt im Herbst nächsten Jahres wieder eine Aufgabe zu übernehmen. Zhao habe dies bejaht und den Wunsch geäußert, eine administrative Arbeit mit Praxisbezug [d.h. eine Arbeit im Regierungsapparat] zu übernehmen. In dem Gespräch soll sich Zhao Ziyang selbstkritisch über seine Rolle während der Protestbewegung im Frühling und Frühsommer 1989 geäußert haben. Es habe ihm an einem umfassenden Verständnis über die Studentenbewegung gemangelt, so daß Partei und Staat Schaden genommen hätten. Hierfür fühle er sich verantwortlich. (Nach Lianhe Bao, Taibei, 8.7.90)

Nach Angaben von US-Regierungsbeamten am 16. Juli sollen einige der Teilnehmer einer chinesischen Bürgermeisterdelegation, die sich unter Leitung des Shanghaier Parteichefs und Bürgermeisters Zhu Rongji in den USA aufhielt, bestätigt haben, daß Deng Xiaoping beabsichtige, Zhao Ziyang zu einer Inspektionsreise in die Provinzen zu schicken, um dort den Fortschritt der Wirtschaftsreformen zu untersuchen (nach Lianhe Bao, Taibei, 18.7.90).

Dagegen erklärte ZK-Generalsekretär Jiang Zemin am 6. Juli in einem Interview mit Watanabe Noboru von der Zeitung *Mainichi Shimbun*, daß der Fall Zhao Ziyang nach wie vor untersucht werde. Im übrigen habe die 4. Plenartagung des XIII. ZK einen Beschluß über die Fehler Zhao Ziyangs gefaßt. "Er ist nach wie vor Parteimitglied, und es wurden keine Veränderungen vorgenommen, die seine materielle Versorgung betreffen", erklärte Jiang Zemin weiter. (XNA, 7.7.90)

Die 4. Plenartagung des XIII. ZK (23.-24.6.90) hatte Zhao Ziyang der "schwerwiegenden Fehler" für schuldig befunden, "den Aufruhr unterstützt und die Partei gespalten zu haben". Zhao trage deshalb "die unabwiesbare Verantwortung für die Entstehung und Entwicklung des Aufruhrs".

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte am 19. Juli, daß die Untersuchungen im Fall Zhao Ziyang fortgesetzt würden. Berichte, nach denen Zhao eine Inspektionsreise in die Provinzen vornehmen werde, seien "unbegründete Gerüchte" (XNA, 20.7.90)

Der Shanghaier Parteichef und Bürgermeister Zhu Rongji, der sich an der Spitze einer chinesischen Bürgermeisterdelegation in den USA aufhielt, erklärte am 22. Juli in Los Angeles, daß seines Wissens ein Treffen zwischen Deng Xiaoping und Zhao Ziyang nicht stattgefunden habe. Berichte, nach denen Zhao Ziyang beauftragt worden sei, Untersuchungen über die Reformen außerhalb Beijings vorzunehmen, seien reine Erfindungen. Es stimme auch nicht, daß der Hausarrest von Zhao aufgehoben worden sei, da Zhao nie unter Hausarrest gestanden habe. Die Untersuchungen im Fall Zhao würden fortgesetzt. Im übrigen habe sich kein Mitglied seiner Delegation zu diesem Thema in irgendeiner Weise geäußert, fügte Zhu Rongji hinzu. (XNA, 24.7.90)

Der Sprecher des Staatsrats, Yuan Mu, erklärte in einem Interview mit Kazuhiko Mitsumori, dem Büroleiter des *Japan Economic Journal* in Beijing, am 28. Juli 1990, daß es das angebliche Gespräch zwischen Deng Xiaoping und Zhao Ziyang überhaupt nicht gegeben habe. Das Gerücht von einer baldigen "Reaktivierung" (fuchu) von Zhao Ziyang sei eine pure Erfindung. Das Kommuniqué der 4. Plenartagung des XIII. ZK habe den Charakter der Fehler des Genossen Zhao Ziyang öffentlich erläutert. Das Problem Zhao sei eine parteiinterne Angelegenheit, und die Partei setze die Untersuchung in dieser Frage gegenwärtig fort. In der Behandlung personeller Angelegenheiten müsse man "behutsam" (shen-zhong) vorgehen: "Ich glaube, daß wir noch etwas mehr Zeit brauchen und daß, nachdem über alle Fakten Klarheit geschaffen worden ist, es notwendig sein wird, noch einmal ein Fazit aus der Untersuchung gegen ihn zu ziehen [und ein abschließendes Urteil zu fällen]." (DGB, 2.8.90) Yuan Mu erklärte in dem Interview weiter, daß Zhao Ziyang immer noch den gleichen Lebensstandard genieße wie vor seiner Entmachtung. Er sei nach wie vor KPCh-Mitglied, und er müßte sich deshalb eigentlich (lying) an die Par-

teidisziplin halten [sic!]. Da man Zhao nie unter Hausarrest gestellt habe, könne jetzt auch nicht die Rede davon sein, daß der Hausarrest gegen ihn aufgehoben worden sei, fügte Yuan Mu hinzu. (Ebenda)

Die Äußerung von Yuan Mu, daß der Fall Zhao Ziyang eine parteiinterne Angelegenheit sei, scheint eine indirekte Bestätigung eines Berichts in der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* darzustellen, demzufolge sich die KPCh-Führung mittlerweile darauf geeinigt habe, den Fall Zhao nur parteiintern zu behandeln und nicht auch noch wegen "konterrevolutionärer" Vergehen strafrechtlich zu verfolgen (*Ming Bao*, 24.7.90, in SWB, 25.7.90).

Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* berichtete in ihrer August-Ausgabe, daß die politische Führung nach wie vor total zerstritten sei, wie der Fall Zhao abgeschlossen werden solle. Orthodoxe Kräfte um Yang Shangkun, Li Peng, Yao Yilin und Li Ximing widersetzten sich mit Hilfe einer Reihe von Parteiveteranen (Wang Zhen u.a.) entschieden einer politischen Reaktivierung von Zhao. Vor dem Abschluß der Asienspiele sei keine Entscheidung zu erwarten. Möglicherweise werde es auf der 7. Plenartagung des XIII. ZK, die nach den Asienspielen einberufen werden wird, zu einer Auseinandersetzung in dieser Frage kommen. (*Zhengming*, August 1990, S. 6-8) -sch-

*(10)

Vierter Zensus beendet

Am 10. Juli 1990 wurde die vierte Volkszählung der VR China abgeschlossen. Wie die *Volkszeitung* am 14.7.90 meldete, soll der Zensus in den vorausgegangenen 10 Tagen von den 7 Millionen Zählern planmäßig durchgeführt worden sein. Jetzt gelte es, die Daten noch einmal zu überprüfen und dann in Computer einzugeben. Wie lange die Auswertung der Daten dauern wird, wurde nicht bekanntgegeben. Über den Erfolg, d.h. die Genauigkeit der Zählung, läßt sich bisher wenig sagen, doch scheint es Probleme vor allem mit der Wanderbevölkerung gegeben zu haben. Ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe entzieht sich der behördlichen Kontrolle und hält sich auch nicht an die vorgeschriebene Familienplanung.

In der Provinz Liaoning beispielsweise verursacht die Wanderbevölkerung, deren Zahl mit 844.000 angegeben wird, große Probleme, vor allem in den beiden Großstädten Shenyang und Dalian, wo deren Zahl allein 140.000 betragen soll. Die Probleme beziehen sich in erster Linie auf Wohnung, Infrastruktur, Verkehr, öffentliche Sicherheit und Umweltverschmutzung. Der Familienhintergrund der Wanderbevölkerung soll äußerst kompliziert sein, und Verstöße gegen die Familienplanungspolitik sollen gang und gäbe sein (*Radio Liaoning*, 17.7.90, nach SWB, 27.7.90).

Der Zensus wird auch Aufschluß über die Wirksamkeit der chinesischen Familienplanungspolitik geben. Wenn auch noch keine Daten vorliegen, so lassen einige offizielle Reaktionen und örtliche Berichte doch erkennen, daß von einem Erfolg nicht die Rede sein kann. Zwar versucht man offiziellerseits die Politik als erfolgreich hinzustellen. So wurde Anfang Juli auf einer nationalen Konferenz über Bevölkerungspolitik, die vom Hauptbüro und der Propagandaabteilung des ZK, von der Kommunistischen Jugendliga und von der Staatlichen Kommission für Familienplanung veranstaltet worden war, betont, daß durch die Familienplanungspolitik der letzten zehn Jahre in China 100 Millionen Geburten weniger zu verzeichnen seien (RMRB, GMRB, 3.7.90). Zugleich wurde aber auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Geburtenplanung zu verbessern. So gab Li Ruihuan in seiner Rede auf der Konferenz vom 4.7.90 (abgedruckt in RMRB, 5.7.90) offen zu, daß in vielen Gegenden, insbesondere auf dem Lande, gegen die Geburtenplanung verstoßen werde. Er rief alle Partei- und Jugendligamitglieder auf, bei der Propagierung der Familienplanung ein Vorbild für die Bevölkerung abzugeben. Gewarnt wurde vor allem vor der prekären Situation des kommenden Jahrzehnts, das als die kritischste Phase in der gesamten Bevölkerungskontrolle Chinas bezeichnet wurde (GMRB, 3.7.90). Insbesondere im 8. Fünfjahrplan (1991-95) werde es aufgrund der chinesischen Bevölkerungsstruktur zu einem Babyboom kommen, denn die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter werde pro Jahr durchschnittlich 322,6 Millionen betragen (RMRB, 3.7.90). Unter diesen Umständen werde die chinesische Bevölkerung bereits 1995 - fünf Jahre eher

als ursprünglich geplant - einen Stand von 1,2 Milliarden erreichen (Li Ruihuan, ebd.).

Man kann davon ausgehen, daß der tatsächliche Stand der Bevölkerung dann noch höher sein wird. Wie prekär die Situation ist und wie unzureichend die bisherige Familienplanungspolitik eingehalten worden ist, erhellt aus einer Rundfunkmeldung aus dem Autonomen Gebiet Guangxi. Danach kündigte der stellvertretende Parteisekretär Guangxis in einer Rede vom 11. Juli rigorose Maßnahmen in bezug auf die Familienplanungsarbeit an. Man habe zwar viel geleistet in bezug auf die Einschränkung des Bevölkerungswachstums, aber in Zukunft seien größere Anstrengungen nötig. Der Schwerpunkt der Arbeit müsse aufs Land verlagert werden, und hier gelte es besonders, die Abneigung der Menschen gegen Familienplanung zu zerstreuen (Radio Nanning, 12.7.90, nach SWB, 18.7.90). -st-

*(11)

Neuer Vorschlag zur Verbesserung der "Ein-Kind-Politik"

Der Direktor des Bevölkerungsinstituts der Akademie der Sozialwissenschaften, Tian Xueyuan, hat kürzlich den Vorschlag unterbreitet, die monatliche Zahlung von 5 Yuan für jede Ein-Kind-Familie in eine Altersrente umzuwandeln. Die Belohnung von Familien, die sich an die Ein-Kind-Politik halten, war vor zehn Jahren eingeführt worden. Wie Tian jetzt feststellte, hätten diese Zahlungen nicht die beabsichtigte Wirkung erzielt. Sinnvoller sei es, die 60 Yuan pro Jahr auf die Bank zu legen und sie später als Altersrente für die Eltern des Einzelkindes zu verwenden. Wenn die Eltern sechzig Jahre alt sind, würde das Konto auf 5.770 Yuan angewachsen sein, und sie hätten dann jährlich 808 Yuan zur Verfügung. Dieser Vorschlag zielt besonders auf die ländliche Bevölkerung ab. In einem Kreis der Provinz Sichuan wird der Plan bereits versuchsweise durchgeführt. (XNA, 12.7.90)

Ein wichtiges Motiv insbesondere für die bäuerliche Bevölkerung, die Ein-Kind-Politik zu umgehen, ist die fehlende Altersversorgung. Mehrere Kinder bedeuten daher für viele Sicherheit im Alter. Hinzu kommt, daß heute in weiten Teilen der Landbevölkerung

genügend Geld vorhanden ist, so daß die Familien auf die Zahlung der 5 Yuan Belohnung nicht angewiesen sind. Insofern dürfte der Vorschlag, dieses Geld in Altersrenten umzuwandeln, weitere Beachtung finden. -st-

Kultur

*(12)

Kein weiterer Ausbau des Hochschulbereiches

Auf einer nationalen Konferenz über die naturwissenschaftliche Ausbildung an den Hochschulen, die kürzlich in Lanzhou stattfand, betonte He Dongchang, stellvertretender Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, daß im Hochschulbereich nach den Jahren des schnellen Ausbaus nunmehr eine Konsolidierungsphase einzusetzen habe. Es gelte, die Hochschulen anzugleichen, zu festigen, das Niveau anzuheben und die Reformen zu vertiefen. Gegenwärtig würden die regulären Hochschulen und die Hochschulen im Rahmen der Erwachsenenbildung jährlich gut 1 Million Studenten aufnehmen. Diese Zahl dürfe sich nicht erhöhen, sondern müsse eingeschränkt werden. Nur so könne die Qualität der Ausbildung gesichert werden. (RMRB, 30.7.90) Deshalb sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre auch keine neuen Universitäten und Hochschulen entstehen (XNA, 28.7.90).

Was die Angleichung der Hochschulbildung betrifft, so beinhaltet sie im wesentlichen die Verteilung und die Struktur der tertiären Bildungseinrichtungen. Bei der Angleichung der fachlichen Struktur, so erläuterte He Dongchang, soll der Schwerpunkt auf der Ausbildung von Fachleuten für Naturwissenschaften und Technik liegen, während die Ausbildung in Fächern mit theoretischem Charakter nicht zunehmen soll. Hier soll vielmehr höchste Qualität eine Rolle spielen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre sollen die Hochschulstruktur vernünftiger gestaltet und der gesellschaftliche Gesamteffekt verbessert werden. (RMRB, 30.7.90)

Das Niveau der tertiären Bildungseinrichtungen in China ist sehr unterschiedlich. Insofern ist zu verstehen,

daß man zunächst stärker auf die Qualität der Hochschulbildung achten will. Zugleich aber soll künftig wieder mehr praxisorientierte und weniger theoretische Wissenschaft an den Hochschulen betrieben werden. Auf dieser Konferenz ging es zwar nur um die Naturwissenschaften, aber in diesen wird ohnehin die überwiegende Zahl der Studenten ausgebildet. -st-

*(13)

Zentralinstitut für berufliche und technische Bildung

Im Juli wurde in Beijing das Chinesische Zentralinstitut für berufliche und technische Bildung gegründet. Das Institut wurde von der Staatlichen Erziehungskommission und dem Arbeitsministerium gegründet und untersteht auch diesen beiden Behörden. Es wurde mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland errichtet. An der Eröffnungszereemonie nahm der Staatssekretär des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, S. Leng, teil. (XNA, 11.7.90) Die Berufsbildung ist das schwächste Glied im gesamten chinesischen Bildungssystem. In den letzten Jahren konnten jedoch mit bundesrepublikanischer Hilfe in mehreren Städten (u.a. in Nanjing, Beijing, Shanghai, Tianjin und Shenyang) Ausbildungszentren errichtet werden. Bei der Reform der beruflichen Bildung stützt sich China weitgehend auf das in der Bundesrepublik praktizierte duale Berufsbildungssystem. -st-

*(14)

Hochschulaufnahmeprüfungen

Auch in diesem Jahr fanden die alljährlichen Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen einheitlich in ganz China vom 7.-9. Juli statt. Die Zahl der Bewerber um einen Studienplatz betrug dieses Jahr 2,81 Mio. Davon bewarben sich weitaus die meisten, nämlich 1,81 Mio. Kandidaten, für ein Studium der Natur-, Ingenieur- und Agrarwissenschaft oder Medizin; 820.000 bewarben sich für ein geisteswissenschaftliches und 180.000 für ein Fremdsprachenstudium. Zugelassen werden auf den regulären Universitäten und Fachhochschulen insgesamt 608.000 Kandidaten. Die Fernseh- und Fernhochschulen nehmen zusätzlich 28.000 neue Studenten auf. (RMRB,